

- [Ausdruck der beiden Artikel im PDF-Format](#) ⇒
- [siehe auch Bericht in der Lippischen Wochenzeitung \(LWZ\)](#) ⇒

Hindenburgstraße umbenennen?

Historisch gehaltvolle Diskussion im Hauptausschuss führt zu einer Mehrheitsentscheidung gegen die Umbenennung der Straße.

Dem Rat der Stadt liegt die Petition eines niedersächsischen Bürgers vor, die Hindenburgstraße in Lage umzubennen. Jeder hat nach Artikel 17 des Grundgesetzes das Recht, einen solchen Antrag zu stellen, auch wenn er nicht in der betroffenen Stadt lebt. Der Hauptausschuss folgte mit großer Mehrheit dem Vorschlag der Verwaltung, das Begehren der Petition abzulehnen und den Straßennamen im Abschnitt der B66 so beizubehalten.

"Die Stadt Lage erkennt im geschichtlichen Rückblick nicht die prägende Rolle der Person 'Paul von Hindenburg', insbesondere als Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg sowie als Reichspräsident beim Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland", heißt es in der Beschlussvorlage. Warum dann nicht umbenennen? "Die Beibehaltung der Straßenbenennung gibt den Anlass für eine bewusste kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts im Allgemeinen und einem Wegbereiter beim Aufstieg des Nationalsozialismus im Besonderen. Dafür soll das Straßenschild mit einem QRCode ergänzt werden, der auf vertiefende Informationen zum Namensgeber verweist."

Das also ist die vorgeschlagene Lösung: Das Straßenschild mit einem QR-Code-Link versehen, der im Internet zu weiterführenden Informationen führt. Ein Kompromiss, der in vielen Städten beim Umgang mit problematisch gewordenen Straßennamen angewendet wird. Mit 13 gegen drei Stimmen sprachen sich die Mitglieder des Hauptausschusses für diese Lösung aus. Damit kann der Wunsch zur Umbenennung als abgelehnt gelten, das ein eindeutiges Hauptausschuss-Votum die nachfolgende Ratsentscheidung in der Regel präjudiziert.

CDU-Fraktionschef Michael Biermann machte aus seiner Verachtung für den "Steigbügelhalter Hitlers", den er als "Totengräber der Weimarer Republik" bezeichnete kein Hehl. Mit Straßennamen sollte man Mensch ehren, die das auch verdienen, argumentierte er. Trotzdem folge seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag "schweren Herzens". Hans Hofste (SPD) schloss sich Biermanns Argumentation direkt an. Martina Hannen (FDP) - "Hindenburg war unstrittig Steigbügelhalter Hitlers" - betonte den Gedanken, dass man Geschichte nicht einfach "glattbügeln" dürfe. "Geschichtsklitterung" nehme gerade jungen Menschen die Chance, sich mit dem, was gewesen ist, kritisch auseinanderzusetzen.

Nur Monika Beckmann bezog als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen die Position, die Petition anzuerkennen und den Verwaltungsvorschlag abzulehnen. "Die Umbenennung der Hindenburgstraße würde die Chance bieten, ein Zeichen für unsere Erinnerungskultur zu setzen, die ein zeitgemäßes und demokratisches Geschichtsverständnis widerspiegelt." Ihrem Argument, dass Hindenburg auch für die Ermordung von Millionen Juden verantwortlich sei, widersprach Bürgermeister Matthias Kalkreuter mit dem Hinweis auf Hindenburgs Sterbedatum: 2. August 1934. Hindenburg habe Hitler mit der Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 zwar an die Macht gebracht und damit den Aufstieg des Nationalsozialismus ermöglicht, aber für die Vernichtungspläne der Nazis könne Hindenburg nicht verantwortlich gemacht werden, auch wenn die Lektüre des Hitlerbuches "Mein Kampf" solches hätte erahnen lassen.

Uwe Detert (AfD) bedankte sich beim Bürgermeister ausdrücklich für diese historische Klarstellung und lehnte eine Umbenennung der Hindenburgstraße in der

Argumentationslinie seiner Vorredner von CDU und FDP ab.

* * * * *

In Deutschland gibt es so viele Hindenburgstraßen, Hindenburgringe, Hindenburgdämme, dass ihre Zahl nur schwer zu ermitteln ist. Vor allem, weil in den letzten Jahren viele Städte und Gemeinden aufgrund der historischen Rolle des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg (1847 - 1934) beschlossen haben, solche Straßennamen umzubenennen. So heißt zum Beispiel die Straße in Hannover jetzt Loebensteinstraße nach der Tochter des jüdischen Bankiers Herbert Loebenstein. Nach der Flucht der Familie vor den Nazis in die Niederlande wurden Lotte-Lore Loebenstein (geboren 1932) und ihre Eltern 1943 verhaftet und im Vernichtungslager Sobibor ermordet.

"Blitzer"-Diskussion im Hauptausschuss

Nach bisheriger Rechtslage war es neben den Kreisen und der Polizei nur großen Städten im Land erlaubt, Geschwindigkeitskontrollen in eigener Zuständigkeit durchzuführen. Detmold bietet fünf Städten, darunter auch Lage, eine Partnerschaft an, um die bestehende Rechtslage auszuhebeln und flächendeckend Kontrollgeräte auf die Straße zu bringen. Im Hauptausschuss zeigte sich kein einheitliches Meinungsbild gegenüber dem Angebot.

CDU-Fraktionschef Michael Biermann gab eine leidenschaftliche persönliche Stellungnahme ab, um die von ihm beobachtete "Raserei auf den Straßen" zu unterbinden. Es gehe darum, mit verstärkten Geschwindigkeitskontrollen die schwächsten Verkehrsteilnehmer - Kinder, Radfahrer, Senioren - vor Unfällen zu schützen. Dabei brachte er Daten der Verkehrsbeobachtung ins Spiel, aus denen hervorgehe, dass Geschwindigkeitsübertretungen häufigste Ursache der schlimmen Unfälle sind. Allerdings räumte er anschließend ein, dass sein Plädoyer für mehr Kontrollen in Lage eine persönliche Stellungnahme sei, das Thema in der CDU-Fraktion zurzeit jedoch kontrovers behandelt werde.

Eine entschiedene Gegenposition bezog Martina Hannen (FDP). Sie zweifelte den Wert des CDU-Papiers in vielen Punkten an und sprach sich dafür aus, Autofahrer doch nicht per se unter Generalverdacht zu stellen, Raser zu sein. "Die allermeisten fahren nach meiner Beobachtung vernünftig", wendete sie ein. Sie ziehe Lichtanlagen mit Geschwindigkeitsinfos und Smileys zur Bestärkung eines rücksichtsvollen Fahrstils an Tempo-empfindlichen Stellen vor.

Uwe Detert (AfD) zweifelte an, dass Bußgelder etwas bringen, zumal sie die Fahrer, die ein gute gefülltes Portemonnaie mit sich führen, wenig treffen. Die hartnäckigen Verkehrssünder sollten vielmehr zu einer "Nachschulung" in Sachen vernünftige Fahrweise geschickt werden.

Regeln müssen durchgesetzt und ihre Einhaltung überwacht werden, argumentierte Hans Hofste für die SPD-Fraktion. Es sei eine Lebensweisheit, dass unkontrollierte Regeln nicht ernst genommen würden. Dem stimmten Andreas Epp (Aufbruch C) und Angelika Stapeler-Richter (FWG/BBL) zu. Auch die Grünen können sich mit der Idee anfreunden, Verkehrskontrollen verstärkt durchzuführen vor allem vor Kitas und Seniorenheimen.

Nach diesem Bild zeichnet sich eigentlich eine Mehrheit für den Vertrag mit Detmold in Umrissen ab, obwohl am Ende der Rat in seiner nächsten Sitzung erst entscheiden wird. Auf die Frage, ob schon andere Kommunen in die gemeinsamen Geschwindigkeitskontrollen eingestiegen sind, nannte Bürgermeister Matthias

Kalkreuter nur Blomberg. Allerdings gebe es eine weitere Gemeinde außerhalb der angesprochenen Fünfer-Gruppe, die "starkes Interesse" an diesem Thema zeige.

siehe dazu auch Artikel in der LWZ:

- **Aktion der Bürgermeister (pro Vertrag) ⇒**
- **Ein Blitzer an jeder Straßenecke (contra) ⇒**